

Juan Fernando Cristo war unter Präsident Santos eine Zeitlang Innenminister. Er hat zusammen mit seinem Nachfolger Guillermo Rivera das Buch „Schüsse auf den Frieden“ veröffentlicht, in dem bisher unbekannte Einzelheiten aus den Friedensverhandlungen mit der FARC dargestellt werden. SEMANA sprach mit Cristo.

„Was wir brauchen, ist zu erkennen, wie die JEP(=Übergangsjustiz) in der Praxis funktioniert

(17.8.2019)

Frage:

Was hat man davon, Ihr Buch zu lesen?

Antwort:

Um die Komplexität zu verstehen, dass man nicht nur bis zur Unterschrift unter ein Friedensabkommen gelangen muss, sondern den Frieden erbauen muss nach der Unterschrift auf dem Papier. Damit die Leute verstehen, dass die Umsetzung nicht so einfach ist, dass der Frieden nicht am Tag nach der Unterzeichnung anfängt, dass wir enormen Herausforderungen in der Zukunft gegenüberstehen. Aber was unter der Regierung Santos gemacht wurde- im ersten Jahr nach Unterzeichnung des Abkommens- garantierte dass die FARC den Beschluss fasste, sich zu entwaffnen und zu demobilisieren, was die erste Etappe der Umsetzung darstellte. Damals überwachten wir, wie das gemacht wurde, wie der Erfolg der Demobilisierung garantiert werden konnte und wie wir darüber hinaus den Leuten etwas näherbringen konnten zu verstehen, wie der kolumbianische Staat funktioniert und welche die Positionen des Führungspersonals und der politischen Parteien gegenüber dem Frieden waren.

F:

Sind Sie optimistisch bezüglich der Umsetzung der Friedensvereinbarungen?

A:

Ich bin kein Fatalist. Mir kommt es vor, als ob die jetzige Regierung bezüglich der Wiedereingliederung genauso handelt wie ihre Vorgängerin, dass sie die passenden Entscheidungen trifft bezüglich der weiteren Anwesenheit der Verifizierungskommission, bezüglich der Ausweitung der Territorien für Demobilisierte, bezüglich der Arbeit in produktiven Projekten.....Darin gehen sie ziemlich richtig vor.

Die andere Lesart ist eher pessimistisch, nämlich was die anderen Teile des Abkommens angeht, die mit den Veränderungen zu tun haben, die das Land braucht und die im Abkommen enthalten sind. Dieser Regierung schmecken sie nicht, sie macht sie sich nicht zu eigen. Was z.B. die ländliche Entwicklung angeht, so sollte man da bis 2022 nichts erwarten.

F:

Ist die Hinterlassenschaft der Regierung Santos so dramatisch, wie Mitglieder der jetzigen Regierung behaupten?

A:

Ich glaube, das ist ein parteiischer und ungerechter Blick. Die Aufgabe Rafael Pardos (Umsetzungsbeauftragter der Regierung Santos, A.d.Ü.) in diesem ersten Jahr war äußerst schwierig, denn er fing bei Null an. Dann kam Dr. Emilio José Archila und sammelte alle wichtigen Informationen über bisherigen Maßnahmen zur Umsetzung. Trotzdem können die Freunde des Friedens und alle Kolumbianer nicht von der Regierung verlangen, dass sie bis 2022 die ganze Umsetzung bewerkstelligt haben wird.

F:

Glauben Sie nicht, dass die Opposition aus Uribeismus und radikaler Rechter von einem Widerspruch ausgehen?

A:

Klar, diese Schlussfolgerung ist die richtige: Das Friedensabkommen gefällt Uribe allein deswegen nicht, weil es von Santos unterschrieben wurde. Dieses Abkommen hätte genauso Álvaro Uribe unterschrieben, ohne jeden Unterschied, schon aufgrund seiner Anstrengungen 2007/08 mit dem Gesetz über den humanitären Gefangenenaustausch. Und darin liegt der große Widerspruch, dass sie einerseits leugneten, dass ein bewaffneter Konflikt bestand, andererseits aber Verhandlungen mit der FARC suchten.

Meine Aufmerksamkeit gilt zwei Verrätern: Néstor Humberto Martínez und Vargas Lleras.

Germán Vargas und Humberto Martínez hatten eine Sicht auf das Abkommen, die eher von rechts kam; das war seit langer Zeit ihre Position. Und als das Abkommen populär war, verhielten sie sich ruhig oder halfen sogar mit. Aber in dem Moment, als das Abkommen an Rückhalt verlor- vor allem nach dem negativen Plebiszit, aber auch wegen der Verzögerungstaktik der FARC- traten wir in den Wahlkampf ein und Germán verschätzte sich, indem er, als Uribe noch keinen soliden Kandidaten hatte, nach rechts rückte, also gegen das Abkommen, und glaubte, die uribistische Basis werde ihm folgen. Dieses Kalkül fügte der Regierung Schaden zu, denn Vargas Lleras` Partei Cambio Radical hatte bis dahin aufseiten der Regierung gestanden, aber vor allem fügte es Vargas selbst Schaden zu.

Was Néstor Humberto (war Generalstaatsanwalt, A.d.Ü.) angeht, das führen wir in dem Buch aus, so hat sich der Präsident in ihm getäuscht. Ein Generalstaatsanwalt besitzt sehr viel Macht, und ein Präsident muss sich sicher sein, dass unabhängig vom Namen in dieses Amt nur Personen gelangen können, die absolut verpflichtet sind, nicht gegenüber Santos, sondern gegenüber dem Frieden und dem Abkommen, das unterzeichnet wurde.

F:

Wenn Sie von dem Plebiszit sprechen, dann muss man erinnern an die Strategien, welche die Nein-Partei anwendete um zu gewinnen. Man spricht davon, viel fehlte an Pädagogik, Kommunikation usw. Was hat wirklich gefehlt?

A:

Wenn Sie mich nach einem zentralen Fehler fragen, dann war es die exzessive Polarisierung der Kampagne um das Plebiszit. Keine frischere, offenere und bürgerbezogene Kampagne geführt zu haben und der Glaube, dass die politischen Parteien als solche ausreichen würden, um die Bevölkerung für das Plebiszit zu mobilisieren. Ich glaube, das war der große Fehler von Beginn der Kampagne an, den man später nicht mehr korrigieren konnte.

F:

Glauben Sie nicht, dass Präsident Santos Uribe unterschätzt hat?

A:

Nicht nur Uribe hat er unterschätzt, sondern auch den gesamten Kontext und den Verschleiß der Regierung. Alle Lager der öffentlichen Meinung sammelten sich in der Gegnerschaft. Und offensichtlich konnten wir uns eine solch geschickte Kampagne per Fake News nicht vorstellen.

F:

Wie beurteilen Sie die Unterstützung durch das Militär?

A:

Die Militärs spielten eine recht aktive, protagonistische und entschiedene Rolle beim Friedensabkommen. Da sie nicht von Beginn an beteiligt waren, näherten sie sich erst nach und nach an das Abkommen an. Das war kein zufälliges Ergebnis.

F:

Betrachtet man, was geschehen ist und welche Schläge der Friedensprozess einstecken musste; wie beurteilen Sie das Verhalten, das die FARC gezeigt hat?

A:

Ich finde bedauerlich, wie Iván Márquez, Santrich oder El Paisa sich verhalten. Ich glaube, sie haben dem Frieden sehr geschadet, denn waren sie es doch, die den wesentlichen Teil der FARC bei den Verhandlungen bildeten. Lässt man aber ihr Verhalten beiseite und sieht sich das Verhalten der FARC-Partei an und sieht, wie diese debattiert, diskutiert und wie sie sich im Senat zu den Streitkräften verhält, ihre Fähigkeit der Konzentration und ihre Bereitschaft zur politischen Verständigung, dann glaube ich, dass hier eine Verwandlung vorliegt, deren Ausmaß viele Kolumbianer nicht für möglich gehalten hatten. Die FARC existiert nicht mehr als bewaffnete Bewegung, und das ist eine große Nachricht für alle Kolumbianer. Diejenigen, die in

der Legalität hier geblieben sind, halten sich an die Regeln. Ich glaube nicht, dass der Friedensprozess sich drehen wird.

F:

Die Rolle der Übergangsjustiz JEP ist lebenswichtig für die Umsetzung, sie hängt aber auch ab von externen Akteuren und der Gegnerschaft ihrer Kritiker. Meinen Sie nicht, dass es der JEP an Agilität fehlt und dass sie von sich aus mehr aktiv sein sollte?

A:

Einige waren darum bemüht, die JEP nicht funktionieren zu lassen. Diejenigen, welche nicht wollten, dass sie wirksam würde, sind dieselben, die behaupten, nun sei die JEP schon zwei Jahre alt und habe nichts getan, während die JEP sich darauf verlegt hat, sich zu verteidigen. Nachdem ich das gesagt habe, habe ich den Eindruck, dass das System gut konstruiert wurde, aber seine Struktur sehr gewichtig ist. Das System könnte leichter sein, mit beweglicheren Mechanismen. Und die JEP muss begreifen, dass sie nun Ergebnisse liefern muss. Wir alle müssen nun erfahren, wie die JEP in der Praxis funktioniert. Es ist notwendig, dass sie viel rascher fortschreitet; ich mache mir Sorgen wegen ihrer Langsamkeit. Die Leute wollen schließlich Gerechtigkeit, Entschädigung der Opfer und Benennung der Verantwortlichen. In dem Maße, in dem die JEP funktioniert, wird die Legitimität des Friedensabkommens immer unwiderlegbarer.